

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 24. Oktober 1905.

№ 124.

Die Streiks im Jahre 1904.

In einer umfangreichen, erschöpfenden Statistik behandelt ebenfalls Legien nach dem von den Zentralvorständen gelieferten Materiale die im Jahre 1904 eingetretenen Streiks und Ausperrungen. Nach den vorgeführten Tatsachen muß man allerdings dem Berichtsteller recht geben, wenn er das von Bömelburg in Köln gebrauchte und von der Parteipresse mißhandelte Wort vom „Ruhebedürfnisse der Gewerkschaften“ als widerlegt bezeichnet. Sind doch von den Gewerkschaften im letzten Jahre Kämpfe mit dem Unternehmertume in einem Umfange und unter materiellen Opfern geführt worden wie nie zuvor. Weiter meint Legien in seinen einleitenden Worten — es erinnert das an die Katastrophentheorie und den Generalfreist —: „Unvermeidlich scheint ein gewaltiger Zusammenstoß des organisierten Unternehmertums und der organisierten Arbeitererschaft“; diese hätte sich also auf so eine Art wirtschaftliches Erdbeben einzurichten, was wohl nicht in dem von Legien zitierten Umfange zutreffen dürfte. Dagegen sprechen seine eignen Ziffern. Wenn ferner die Mehrzahl der Unternehmer und die Mehrzahl der Arbeiter organisiert ist, vermindert sich eher die Kollisionsgefahr, weil dann einen solchen „gewaltigen Zusammenstoß“ beide Teile nicht zu ertragen vermöchten. Die fortgesetzte Vermehrung der Tarifverträge ist ja die Folge, das Resultat der steigenden Organisationskraft beider Teile. Legien stellt ja selbst fest, daß von den 135 957 im Jahre 1904 bei den Streiks und Ausperrungen in Betracht kommenden Arbeitern nur 61 286 männliche und 1195 weibliche sechs Monate vor Beginn des Konfliktes organisiert waren. Das widerlegt ganz gründlich Legiens Katastrophentheorie. Und dann dürfen nicht alle Streiks über einen Kamm geschoren werden. Ob man im Königreiche Stumm streikt oder bei einem paar Hundert halbbankrotter Kleinmeister ist prinzipiell und materiell von einem wesentlichen Unterschiede. Doch das nur nebenbei. Bemerkenswert — es sollte aber selbstverständlich sein — ist der Wunsch Legiens, daß den Gewerkschaften die nötige Ruhe gelassen werde von den eignen Klassengenossen, um sich für die den Gewerkschaften drohenden Kämpfe ungestört vorbereiten zu können. Die Gewerkschaften „wünschen, daß nicht durch überflüssige Diskussionen über Generalfreist und politischen Massenstreik Meinungsverschiedenheiten in den Gewerkschaften entstehen, im Streite der Meinungen die Einigkeit irgendwie gestört und dabei die nötige Arbeit zur Vorbereitung für die zu erwartenden schweren Kämpfe verabsäumt wird. Wer da will, daß die Gewerkschaften die nötige Kraft erhalten, um auch den schwersten Kämpfe mit Zuversicht entgegengehen zu können, wird ihr Bedürfnis nach Ruhe vor theoretischen Erörterungen, die nicht das geringste beitragen, die Kampfbereitschaft zu erhöhen, wohl verstehen.“ Selbstverständlich faucht darüber die „Leipziger Volkszeitung“ ihren Genossen Legien bitterböse an und sagt ihm, weisen seines Amtes ist: „Glaubt Genosse Legien wirklich, durch derartige völlig überflüssige Bemerkungen seinerseits auch nur das Geringste dazu beizutragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Partei und Gewerkschaft zu erhöhen?“ So pfeift der Wind nach Zena, wenn ein Genosse, und noch dazu ein Reichstagsabgeordneter (ganz abgesehen von seiner Eigenschaft als Vorsitzender der doch wohl selbständigen Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands), es wagt, objektiv die Chancen abzuwägen, die für die Kräfteentfaltung der deutschen Arbeiter maßgebend sind.

Gegen wir nun zu den siffermäßigen Angaben über. Im Jahre 1904 waren insgesamt 1625 Streiks und Ausperrungen (die Ausperrungen wurden bis 1900 in der Statistik der Generalkommission unter den Abwehrstreiks geführt) mit 135 957 Beteiligten zu verzeichnen (darunter 5048 Arbeiterinnen). Diese Kämpfe erforderten eine Ausgabe von 555 1314 Mk. Von den Streiks und Ausperrungen waren für die Arbeiter erfolgreich 878 (55,7 Proz.), teilweise erfolgreich 317 (20,1 Proz.) und erfolglos 349 (22,1 Proz.). Für 128 700 der Streikenden und Ausgesperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgestellt werden. Es hatten also Verlust an Arbeitszeit die männlichen Beteiligten von insgesamt 1 965 313 und die weib-

lichen Beteiligten von 1 548 841, zusammen von 2 120 154 Arbeitstagen. Verlust an Arbeitsverdienst hatten die 128 700 Beteiligten 7 825 369 Mk. Von 1890 bis 1904 — in einem Zeitraum von 15 Jahren — führte die Arbeitererschaft Deutschlands insgesamt 9 119 wirtschaftliche Kämpfe, an denen 902 638 Arbeiter beteiligt waren. Diese Kämpfe verursachten eine Ausgabe von rund 30 Millionen Mark. Ein etwas teuer bezahltes „Ruhebedürfnis“!

Von den 1625 Streiks und Ausperrungen im Berichtsjahre entfallen auf die einzelnen Industriezweige:

Streiks	Beteiligte	Ausgabe Mk.	Erfolgreiche Streiks	Proz.
Baugewerbe:				
644	61 391	2 074 872	335	51,8
Metallindustrie und Schiffbau:				
231	19 798	1 192 859	116	50,2
Graphische Gewerbe und Papierindustrie:				
35	2 635	1 062 899	13	34,3
Holzindustrie:				
419	22 492	1 265 379	282	67,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie:				
75	7 638	292 894	38	50,6
Bekleidungsindustrie:				
60	3 301	73 771	28	46,6
Sonstige Gewerbe:				
161	18 702	545 250	66	41,0

Angriffsstreiks wurden im Berichtsjahre 886 (54,5 Proz. der gesamten Streiks und Ausperrungen) geführt, von denen 19 am Jahresbeginne 1905 noch nicht beendet waren. Beteiligt waren an den Angriffsstreiks 79 085 männliche und 2342 weibliche, zusammen 81 427 Personen. Der Verlust an Arbeitszeit konnte mit 1 254 500 Arbeitstagen, wovon 39 276 Tage auf die weiblichen Beteiligten entfallen, für 27 560 von den 81 427 Beteiligten festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug für die 72 560 Beteiligten 4 901 207 Mk. Vorausgabte wurden für diese Streiks 3 121 709 Mk.

Von den Streiks wurden 24 mit 1095 Beteiligten um Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Erfolgreich waren von diesen Streiks 17, teilweise erfolgreich 3. Vollen Erfolg erzielten 556, teilweisen Erfolg 260 Streikende. Um Lohnverhöhung wurden 480 Streiks geführt, wovon 292 mit 21 805 Beteiligten mit vollem Erfolge und 103 mit 11 245 Beteiligten mit teilweisem Erfolge für die Arbeiter beendet wurden. 303 Streiks fanden statt zur Durchführung von Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnverhöhung. Von diesen endeten 160 mit vollem und 97 mit teilweisem Erfolge. Vollen Erfolg hatten 14 127, teilweisen Erfolg 12 139 Streikende. Die weiteren 79 Angriffsstreiks wurden wegen Durchführung der polizeilichen und gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften, wegen Beteiligung mißliebiger Personen oder aus anderen Ursachen geführt. Insgesamt waren von den Angriffsstreiks 57,4 Proz. erfolgreich und 11,6 Proz. teilweise erfolgreich. Vollen Erfolg erzielten bei den Angriffsstreiks 37 882 und teilweisen Erfolg 24 428 Streikende. In den 15 Jahren von 1890 bis 1904 sind 4606 Angriffsstreiks (50,5 Proz. aller Streiks) zu verzeichnen. Beteiligt waren an diesen Streiks 589 274 Personen. Vorausgabte wurden für die Streiks 17 661 409 Mk. Erfolgreich waren 2245 (51,5 Proz.), teilweise erfolgreich 1250 (28,7 Proz.) und erfolglos 864 (19,8 Proz.) dieser Streiks. Von 1900 bis 1904 war für die in diesem Zeitraum geführten 2583 Angriffsstreiks mit 277 388 Beteiligten ein Verlust an Arbeitszeit von 4 129 390 Arbeitstagen zu verzeichnen.

Abwehrstreiks waren im Berichtsjahre 627 erforderlich, an denen 23 128 Personen (21 490 männliche und 1 638 weibliche) beteiligt waren. Der Verlust an Arbeitszeit konnte für 20 561 Streikende festgestellt werden. Er betrug insgesamt 258 368 Arbeitstage, von denen auf die männlichen Beteiligten 218 430 und auf die weiblichen 39 938 entfallen. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug für die 20 561 Streikenden 851 782 Mk. Die Streiks verursachten eine Ausgabe von 558 958 Mk. Die Abwehrstreiks wurden geführt in 19 Fällen mit 767 Beteiligten, weil die Unternehmer den Austritt der

Arbeiter aus der Gewerkschaft forderten. Nur 3 dieser Streiks mit 87 Beteiligten hatten Erfolg. Wegen Maßregelung traten die Arbeiter 160 mal in einen Streik ein. Beteiligt waren an diesen Streiks 5248 Personen. Erfolg wurde in 86 Fällen mit 3299 Beteiligten, teilweiser Erfolg bei 17 Streiks mit 640 Beteiligten erzielt. Infolge Lohnreduzierung wurden 266 Streiks mit 7005 Beteiligten herbeigeführt. Erfolg war bei 153 Streiks mit 3558 Beteiligten, teilweiser Erfolg bei 42 Streiks mit 1831 Beteiligten vorhanden. Wegen Verlängerung der Arbeitszeit mußte die Arbeitererschaft 29 Streiks führen. Von den 4074 an diesen Streiks Beteiligten hatten 3755 bei 15 Streiks vollen und 124 bei 5 Streiks teilweisen Erfolg. Die Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen führte zu 68 Streiks mit 3212 Beteiligten, von welchen 1304 bei 36 Streiks vollen und 322 bei 8 Streiks teilweisen Erfolg zu verzeichnen hatten. Die Einführung einer Fabrikordnung veranlaßte 5 Streiks mit 411 Beteiligten, schlechte Behandlung der Arbeiter 21 Streiks mit 431 Beteiligten. Andere Ursachen lagen 59 Streiks mit 1980 Beteiligten zugrunde. Bei 28 der letzteren Streiks hatten 615 Beteiligte vollen und bei 4 Streiks 687 Beteiligte teilweisen Erfolg. Von sämtlichen Abwehrstreiks waren 337 (53,7 Proz.) erfolgreich, 82 (13,1 Proz.) teilweise erfolgreich und 178 (28,4 Proz.) erfolglos. Vollen Erfolg hatten 12 998, teilweisen Erfolg 3774 der Beteiligten.

Ausperrungen waren im Jahre 1904 112 mit 31 402 Beteiligten zu verzeichnen; für 35 579 derselben war damit ein Verlust von 607 286 Arbeitstagen verbunden. Diese Ausperrungen verursachten eine Ausgabe von 1 870 647 Mk. Erfolgreich für die Arbeiter verliefen 37,2 Proz., teilweise erfolgreich 25,5 Proz. und erfolglos 37,2 Proz. der Ausperrungen. Gegen das Jahr 1902 haben sich im Jahre 1904 die Ausperrungen verdoppelt, gegen das Jahr 1901 aber vervierfacht — jedenfalls ein evidenten Zeugnis für die „Verjüngung“ der Gewerkschaften im Klassenkampf und für deren schlafmüdiges „Ruhebedürfnis“!

Legien verbirgt bei der Darstellung dieses Kapitels den Satz: „Da wir besonders Wert darauf legen, daß die Arbeiter deutlich die Unnatur unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung erkennen, so vermögen wir den Unternehmern wegen ihres rückwärts gerichteten Vorgehens nicht einmal gram zu sein.“ Bistelleit wäre eine kleine Aufmunterung am Platze, in dieser Beziehung die Unternehmer zu weiterem „Entgegenkommen“ zu veranlassen! Die Konsequenz des zitierten Satzes ist doch die, daß je schärfer „die Unnatur“ unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hervortritt, desto vorteilhafter dies für die Arbeiter sei. Warum dann nicht gleich zum Generalfreist übergehen, bei dem eventuell die blauen Bohnen geflogen kämen? Das wäre doch das trassieste Zeugnis für besagte „Unnatur“ und die Arbeiter hätten immer weniger Anlaß, den herrschenden Bewerten „gram zu sein“. Nein, wir sind den Unternehmern gram; wir bekämpfen diese Ausperrungen und suchen außerdem durch unsere Gewerkschaftsarbeit zu beweisen, daß wir nur gezwungen in den Kampf treten. Er ist uns doch nur Mittel zum Zwecke! Vom Standpunkte Legiens müßte man eigentlich die Tarifverträge bedauern, die durch den zeitweiligen Friedenszustand und dadurch veranlaßte gegenseitige soziale Erkenntnis die „Unnatur“ unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung“ verwischen und im Sinne der Radikalen die Gewerkschaften einschleifen. Was Legien da sagt, ist schärfer von Rosa Luxemburg — wenn auch mit anderen Worten, aber in demselben Sinne — in Zena auch nicht gesagt worden. Damit wird seine einleitende Erklärung völlig gegenstandslos.

Interessant ist die Tabelle, welche der Bericht über die finanzielle Kräftigung der Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren gibt. Während noch in den neunziger Jahren der größte Teil der Streikunterstützungsgelder durch Sammlungen aufgebracht wurde, geschieht dies heute nur noch in Ausnahmefällen, wie z. B. beim Crimmitzschauer Streik oder beim Kampfe der Ruhrbergleute. Folgende Tabelle veranschaulicht die Kostenbedeutung bei Streiks in dem genannten Zeitraum:

Jahr	Gesamtkosten des Streiks	Davon aus der im Streik befindlichen Organisationen	Prozent der Gesamtsumme
	Mt.		
1890/91 . . .	2094922	1215025	58,0
1892 . . .	84638	29271	34,0
1893 . . .	172001	64123	37,0
1894 . . .	354297	85341	24,0
1895 . . .	424231	204970	48,0
1896 . . .	3042950	724603	24,0
1897 . . .	1257298	775361	62,0
1898 . . .	1345202	1051074	78,0
1899 . . .	2627119	2016157	77,0
1900 . . .	2936030	2487853	84,0
1901 . . .	2515888	1734491	68,9
1902 . . .	2237504	2041181	91,2
1903 . . .	5080984	4511621	88,8
1904 . . .	5551314	5290652	95,3
	29724478	22231723	74,7

Der Bericht sagt zum Schluß u. a.: „Aus den statistischen Aufzeichnungen über die Streiks dürften die folgenden Dinge noch von allgemeinem Interesse sein. Von den 130909 männlichen Streikenden und Ausgesperrten waren 55102 und von den 5048 weiblichen 1170 verheiratet. Die Verheirateten hatten insgesamt 103563 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren. Diese Zahlen sind nicht ganz vollständig, weil nicht für alle an den Kämpfen Beteiligte Angaben über die Familienverhältnisse gemacht werden konnten. Die vorliegenden Ziffern aber sind ausreichend, um schlagend die Behauptung der Gegner der Arbeiterbewegung zu widerlegen, es handle sich bei den Streiks meist um das Vorgehen jugendlicher, unbedachtamer Elemente.“

Von den 1625 Streiks und Aussperrungen wurden 1118 durch einen Vergleich beigelegt. Es wurde verhandelt: Zwischen den einzelnen Unternehmern und den Arbeitern in 290 Fällen, zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern der örtlichen Organisation der Arbeiter in 490 Fällen, zwischen den Vorstehenden unter Anteilnahme von Vertretern des Zentralvorstandes in 112 Fällen, zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern des Zentralvorstandes in 142 Fällen, vor dem Gewerbegericht in 53 Fällen und vor dritten Personen oder Körperschaften in 31 Fällen. Diese Zahlen weisen aus, daß es den Unternehmern heute nicht mehr möglich ist, die Organisation der Arbeiter umgehen zu können, so sehr auch die Arbeitgeberverbände den Grundfaß predigen mögen, mit Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln. Schließlich werden auch diese Verbände sich mit der Tarife abfinden müssen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft ein Faktor geworden ist, der bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr ausgeschlossen werden kann.“

Korrespondenzen.

Barmen. Zu der Monatsversammlung vom 14. Oktober brachte der Vorsitzende das Protokoll Nr. 10 des Vorstandes zur Kenntnis, aus welchem hervorgeht, daß der hohen Kosten halber die Beschlüsse nicht vollständig neu gedruckt worden seien, sondern nur die abgeänderten Paragraphen. Die Versammlung protestierte entschieden hiergegen, die Kosten könnten doch bei unsern vorzüglichen Klassenbeständen nicht in Frage kommen. Ebenfalls wurde mitgeteilt, daß sich der Vorstand bereits seit längerer Zeit an den Gewerkschaften gewandt hat, um Statuten zu erhalten, leider vergeblich, denn dort sind ebenfalls keine vorrätig; auch der Gewerkschaft glaubte, daß nach der Generalversammlung neue Statuten gedruckt würden. Seitens des Komitees wurde mitgeteilt, daß das Stiftungsfest am 4. November im „Hotel Schützenhaus“ gefeiert wird, und um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Berlin. (Entgegnung.) Nach einem in Nr. 120 des „Corr.“ abgedruckten Bericht des Brandenburgischen Maschinenfabrikvereins, „belehrtete“ der Vorsitzende dieses Vereins, Herr Zopp, den „nuzbringenden“ Stoff, den die technische Ede für Maschinenfabrik im „Buch- und Stein drucker“ habe. Danach soll im Septemberheft unsere Blatte über ein amerikanisches Wettessen und über ein Lehrbuch für Schnellhasen berichtet und hierbei redaktionell dazu aufgefordert worden sein, die deutschen Kollegen möchten mit ähnlichen Nachrichten unsere Rubrik füllen. Demgegenüber beschränken wir uns auf die Erklärung, daß diese Notizen weder im Septemberheft noch früher in unserm Blatte standen, Herr Zopp also ebenso leichtfertig über unsere „Ede“ urteilte als vor zwei Jahren sein Amtsvorgänger Herr Höhne.

Technische Redaktion des „Deutschen Buch- und Stein drucker“: Gustav Königer.

Bielefeld. In unserer letzten Vereinsversammlung vom 8. Oktober wurde bekanntgegeben, daß das hiesige Gewerkschaftskartell uns nochmals aufgefordert habe, unsere Bibliothek der neu zu gründenden Gewerkschaftsbibliothek einzuwerleihen, was aber abgelehnt wurde, doch soll eventuell in der nächsten Versammlung ein Gelbbetrag für diesen Zweck bewilligt werden. Ein Nachruf für verstorbene Kollegen soll von jetzt ab nur im „Corr.“ veröffentlicht und den hiesigen Mitgliedern der Todesfall durch Birtular

beauftragt werden. Vom 1. November ab wird der Fremdenverkehr nach dem Restaurant „Gambriusshalle“ (Zindstiel, Bürgerweg) verlegt, wofür wir dann auch unsere hier tagenden Bezirksversammlungen abhalten müssen. Eine längere Debatte rief der Bericht (gegeben von dem Vorsitzenden des Maschinenmeistervereins, Ernst Joh. Roth, in etwa 1/2 Stunde) über die letzte Maschinenmeisterversammlung, betreffend die Verhältnisse in den Maschinenfabriken der Druckerei E. Gumbach, N.-G., und Fritz Eilers jun. hervor. Der Berichterstatter betonte, daß die Verhältnisse, seitdem zwei unserer tätigen Mitglieder in den beiden Druckereien Obermaschinenmeister seien, eher schlechter als besser geworden. Die Mitglieder hätten die Pflicht, über Mißstände in den Maschinenfabriken in den Versammlungen zu berichten und würde dann versucht werden, Abhilfe zu schaffen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch über die Handlungsweise einiger hiesiger Faktoren bei Neueinstellungen Klage geführt. Nicht allein, daß der Arbeitsnachweis noch zu wenig in Anspruch genommen wird, wurde auch von einigen Nebnern die Vermutung ausgesprochen, daß, wenn auch offiziell keine schwarze Liste existiert würde, die Mitglieder des Faktorenvereins sich eventuell mündlich über den Neueinstellenden verständigten, da Kollegen, die sich aus irgendwelchen Gründen mißliebig gemacht hätten, schwer resp. erst nach längerer Konditionslosigkeit Stellung erhielten. Die Versammlung war von 90 Mitgliedern besucht.

Bezirk Dessau. Die am 17. September in Wittenberg abgehaltene zweite diesjährige Bezirksversammlung hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen. Etwa 380 Kollegen aus fast allen Bezirkorten hatten sich eingefunden, um die letzte Bezirksversammlung in der bisherigen Zusammenfassung in würdiger Weise zu repräsentieren. Der Kollegenverein „Typographia“ Wittenberg begrüßte die Versammlung mit der „Hymne“ vom Herzog Ernst, welche er in präziser Weise zum Vortrage brachte. Hierauf eröffnete der Vorsitzende Müller-Dessau mit einigen Begrüßungsworten die Versammlung. Er gedachte der verstorbenen Kollegen Deuser-Dessau und Nitsche-Leipzig in warmen Worten, es ehre die Versammlung das Andenken derselben in üblicher Weise. Darauf gab der Vorsitzende einen historischen Rückblick seit Gründung des Bezirks im Oktober 1868 bis heute, der Kämpfe und Opferfreudigkeit aller beteiligten Kollegen Anerkennung zollend, mit der Aufforderung an die Mitglieder, auch in der neuen Bezirkseinteilung unverrückbar ihre Pflicht zu erfüllen in ihrem eignen und im Interesse der Organisation. Nachdem das Protokoll der letzten Bezirksversammlung vorgelesen und genehmigt, referierte Kollege Hallupp-Halle über das Thema: „Was lehrt uns die Dresdner Generalversammlung?“ Redner ließ die prinzipiellen Fragen, welche die Generalversammlung beschäftigten, Revue passieren, kam auf den Berliner Antrag, die Kündigung des Tarifes betreffend, zu sprechen, der zwar zurückgezogen worden sei, aber doch die Zensur verriet, wohin wir kämen, wenn dem Radikalismus entgegengekommen würde. Gerade wir im Saalgau hätten mit der Tarifgemeinschaft gute Erfolge errungen und würden auch in Zukunft an dieser festhalten. Daß in der Provinz noch viel zu tun sei, lehre die Statistik vom 1. März, nach welcher die Nichtverbandsmitglieder im Gau noch eine ganz respektable Zahl darstellen. Hier müsse die Auffklärungsarbeit unablässig eingehen, bis der letzte Mann Verbandsmitglied und die letzte Druckerei tariftreu sei. Ferner verbreitete sich der Referent über die augenblickliche wirtschaftliche Lage und kennzeichnete das Verhalten der Regierungen bei der herrschenden Fleischnot. Er erwartete, daß die kommende Tarifrevision hier einen Ausgleich schaffen werde. Hierauf sprach Kollege Hoyer-Berlin über den bevorstehenden Maschinenmeisterkongreß. Dieser Vortrag war ursprünglich für die Besprechung der Bezirksmaschinenmeister geplant, doch wären diese den Verhandlungen der Bezirksversammlung entzogen worden und wurde deshalb vereinbart, diesen Vortrag der Allgemeinheit zugänglich zu machen, was die Druckerkollegen hoffentlich nicht reuen wird, denn auch die übrigen Kollegen haben ein Interesse an den Bestrebungen der Maschinenmeister. Kollege Hoyer ging auf die allgemeine Lage der Maschinenmeister in längeren Ausführungen ein und empfahl zur Abstellung der ungünstigen Verhältnisse folgende Forderungen: 1. Gleichstellung der Druckerlehrlingskassa mit der für Seker; 2. Einführung des Einmaschinen systems; 3. Beschäftigung nur gelernter Maschinenmeister an allen Maschinen (auch Ziegel). Hierauf kam Redner auf die „Hilfsarbeiterfrage“ zu sprechen und meinte, daß dieselbe zur „brennenden“ geworden sei und einer beide Teile befriedigenden Lösung entgegengeführt werden müsse. Sodann gab der Vorsitzende den Halbjahrsbericht, der die Tätigkeit des Vorstandes und die Agitation während dieser Zeit illustrierte. Bezüglich der von der ersten Bezirksversammlung beschlossenen Enquete über die Einführung der Bundesratsvorschriften berichtete der Vorsitzende, daß die Erhebung am 31. Juli vorgenommen sei und im allgemeinen ein befriedigendes Resultat gezeitigt habe. Einige abänderungsbedürftige Verhältnisse hoffe der Bezirksvorstand durch Eingabe an die Gewerbetinspektoren abzustellen. Bezüglich der Verwendung des Vermögens der Bezirkskasse wurde dem Vorschlage des Bezirksvorstandes zugestimmt, nach welchem der am 31. Dezember 1905 auf den Kopf des Mitgliedes entfallende Betrag den einzelnen Ortsvereinen und Mitgliedschaften überwiesen wird. Folgende vom Vorsitzenden eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, am 17. September, in Wittenberg im Etablis-

ment „Schweizergarten“ tagende Bezirksversammlung empfand in der jetzt grassierenden Fleischnot eine arge Bedrückung der Arbeiterklasse und fordert von den Regierungen eine Abhilfe durch Öffnung der Grenzen, indem geundetes Vieh eingeführt werden darf, und erwartet ferner, daß alle geeigneten Mittel gegen die Arbeiterkonjunktur sehr bedrückende Lage ergriffen werden.“ Mit dem Wunsch, daß sich die Kollegen in dem neuen Rahmen stets der im Eingangsliede erwähnten Worte: „Zum Kampfe bereit in dräuender Zeit!“ würdig zeigen möchten, schloß der Vorsitzende die sehr sachlich verlaufene Versammlung. Nach der Mittagspause vereinigte ein solenner Abschiedskommers die Kollegen mit ihren Damen bis zur Scheidestunde. Das Programm bestand aus Instrumental- und Vokalkonzert unter Mitwirkung der Kollegenvereine „Gutenbergs-Verein“, „Typographia“ Wittenberg und „Typographia“ Gräfenhainichen, es werden die Kollegen diese Stunden des „Sachjen-Anhaltstages“ wohl nicht vergessen. Sind auch die Organisationsarbeiten in zwei Teile zerlegt, werden die Kollegenvereine das Bindeglied zwischen den Bezirken Wittenberg und Dessau bleiben, so daß es wahr werden möge, was Kollege Hallupp in der Ansprache sagte: „Up ewig ungebekelt!“ Nach dem Konzerte fand noch ein gemütliches Tänzchen statt, bis auch der letzte den Staud Wittenbergs wieder von den Füßen schütteln mußte.

Tagen i. B. Die Kollegen Wilhelm Thomé und Wilhelm Zimmermann bliden auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbands zurück. Aus diesem Anlasse veranstaltete unser Ortsverein am 29. Oktober, nachmittags von 5 Uhr ab, im Vereinslokale G. Brenne eine Familienfeier unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Typographia“. Da beide Jubilare die verschiedensten Aemter im Bezirksvorstand inne hatten, so ist zahlreiche Beteiligung an der Feier zu erwarten.

N. Leipzig. (Halbjahrsversammlung der Maschinenmeister im „Schloßkeller“.) Der Vorsitzende eröffnete die von 250 Kollegen besuchte Versammlung; leider war wieder von den Kollegen einiger größerer Firmen trotz ihres Versprechens, an diesem Abend keine Ueberstunden zu machen, nicht ein Mann erschienen, sondern bemühten sich reichlich, die Lage des Druckerverbes durch fleißiges Ueberarbeiten zu heben. Trostlos sind die Verhältnisse in einigen Dffizinen in bezug auf Ueberstunden. Die Drucker fühlen sich nicht wohl, wenn sie nicht regelmäßig bis in die Nacht hinein arbeiten können, bieten sich womöglich noch an, ja, die Ueberstundenjäger scheinen selbst davor nicht zurück, ehrlich denkende Kollegen, die nicht Lust haben, sich selbst in gesundheitlicher Beziehung und ihre arbeitslosen Kollegen wie auch unsere Organisation zu schädigen, aus ihrer Stellung hinauszuweisen und der Geschäftsleitung zu demunzieren, was das alles nur auf bloße Vermutungen hin wie im Falle Fischer & Wittig. Es wird Zeit, daß gegen derartige Mitglieder mit den strengsten Maßnahmen von seiten der Organisation vorgegangen wird. Unter „Kommissionsbericht“ geistelte Kollege Hesselbarth das Ueberstundenwesen in verschiedenen Druckereien, ebenso die hier und da wieder auftauchende Heimarbeit und längeren Kündigungsfrist. Zu dem am 22. Oktober beginnenden Kurkurs über Zurichtung von Illustrationen und der am Reformationsfest stattfindenden Partie nach Schkeuditz bittet Redner um regste Beteiligung. Die in unserm Sinne erfolgten Antwortschreiben der Maschinenfabriken Augsburg und Frankenthal, betreffend Anlernung von nur Druckern an Rotationsmaschinen, wurden freudig begrüßt, ebenso die Konstituierung des graphischen Kartells hier selbst. Hierauf erstattete der Kollege Klaus den Kassenbericht und die Abrechnung vom Sommerfeste. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Kollegen Kräfte-Berlin über die Aufgaben des 1906 stattfindenden Maschinenmeisterkongresses. Redner überbrachte die Grüße der Zentralkommission wie auch die der Berliner Kollegen und gab seiner Freude Ausdruck, daß die Leipziger ein so reges Interesse dem Kongresse entgegenbringen und führte dann u. a. aus: Der Kongreß rückt immer näher und es werde Zeit, daß sich die Kollegen aller Orte mit den Aufgaben dazu beschäftigen, um dann auf Grund der gefaßten Kongreßbeschlüsse unsere Anträge zum Tarife formulieren zu können. Die Hauptfrage sei aber, daß alle gefaßten Beschlüsse den jetzigen Verhältnissen Rechnung tragen und nicht Forderungen gestellt werden, die von vornherein als undurchführbar gelten können. Schon von jeher seien die Drucker gewissermaßen das Laufschiff bei Tarifabmachungen gewesen, denn man wollte wegen einem Fünftel der Verbandsmitglieder die Sache nicht scheitern lassen. So auch bei den Tarifverhandlungen 1901; auch hier waren wir wieder die Kanndel in bezug auf Ausnahmebestimmungen. Die Bestimmung über schwierigen Druck sei ein Klausurparagraf ohne gleichen. Die Beurlaubungskata der achtziger Jahre habe sich bei den Druckern bis in den jetzigen Tarif erhalten. In Erwägung dieser Tatsachen müsse man sich unbedingt fragen, was sind die Ursachen dieser rückständigen Verhältnisse? Da ist vor allen Dingen der früher zu wenig hervorgetretene Organisationsgedanke unter den Druckern das Hauptübel. Unsere Prinzipale haben das benutzt und haben trotz der Umwälzungen in den Maschinenfabriken, die hauptsächlich in die achtziger und Anfang der neunziger Jahre fallen, den Druckern keine Verbesserungen zugestanden. Heute liegen die Verhältnisse anders, heute müsse die Frage, können die Drucker in Anbetracht ihrer Stärke andere, den Verhältnissen entsprechende Abmachungen verlangen, unbedingt mit Ja be-

antwortet werden. Die in die achtziger Jahre fallenden Gründungen der Maschinenmeistervereine und ihre Erfolge müssen unseren Gesetzmachern Respekt einflößen. Wie die letzte Verbandsstatistik nachweist, seien heute die Drucker prozentual am besten organisiert. So seien z. B. in Berlin bei 84 Proz. Gesamtorganisierten 87,4 Proz. Drucker organisiert, in Hannover beträgt das Verhältnis 75 zu 83 Proz., in Leipzig 76 zu 83,17 Proz., im Gau Mecklenburg-Libed sind die Drucker um 11 Proz., im Gau Mittelrhein um 16 Proz. besser organisiert als die Gesamtheit. Im Verbandsverband seien bei 61 Proz. organisierten Gesellen die Drucker mit 75,18 Proz. organisiert. Der Abhaltung eines Kongresses wurde überall zugestimmt, weil seine Notwendigkeit anerkannt wurde. Unsere derzeitigen Verhältnisse seien als ganz erbärmliche zu bezeichnen. Die Lohnhöhe entspreche nicht den Anforderungen, die in bezug auf Druckleistung von uns verlangt würden. Die technische Vervollkommnung der Maschinen und unsere modernen Druckverfahren stellen hohe Anforderungen an den Drucker, bedingen aber auch eine viel größere Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe, wenn man die Leistungsfähigkeit der Rotationsmaschinen und Doppelmaschinen in Betracht zieht. Die Arbeitslosigkeit unter den Druckern sei bedeutend größer als bei den Sechern, trotzdem sie bei letzteren auch nicht als günstig bezeichnet werden kann. Die Drucker bilden ein Geschlecht des Gewerbes, mithin müßte auf sechs Secker erst ein Drucker als arbeitslos kommen. Doch wie liegen die Verhältnisse? Im günstigsten Falle kommt schon auf drei Secker ein Drucker; in verschiedenen Monaten sind ebensoviele Drucker wie Secker brotlos. 45 Arbeitsnachweise meldeten im ersten Vierteljahre 1905, was gewöhnlich als das beste zu bezeichnen ist, die gleiche Zahl Drucker wie Secker, 14 Nachrichten meldeten sogar mehr Drucker wie Secker. Am traurigsten liegen die Verhältnisse in den Großstädten. In Berlin sind z. B. im März d. J. bei sechs Seckern 82 Drucker arbeitslos gewesen, in Hannover sind laut Statistik im ersten Vierteljahre teilweise keine Secker, aber fünf bis sieben Drucker brotlos, in Hamburg sind in der letzten Zeit immer 25 Proz. der Drucker ohne Stellung. Wie ist dem abzuhelfen? Wir müssen Mittel und Wege schaffen, einer derartigen Zuführung von Arbeitskräften, wie sie die derzeitige Lehrplangestaltung mit sich bringt, ganz energisch entgegenzutreten. Und wie wird diese Stala von unseren Prinzipalen noch ausgenutzt! Es kommen auf 100 Secker 23 Lehrlinge, auf 100 Drucker aber 77 Lehrlinge; das Verhältnis wäre ein noch schlechteres, wenn man die Schweizerdegen zu den Seckern rechnen würde. Trotz dieser erschreckend hohen Zahl von Lehrlingen finden sich aber immer noch Handwerkskammern, die von Abschließung des Gewerbes wegen zu niedriger Lehrplangestaltung reden. Auch in der Wahl der Lehrlinge werde oft in der leichtsinnigsten Weise vorgegangen. Es ist ein ganz verkehrter Standpunkt, den man auch häufig unter Seckerkollegen noch vertreten findet, daß junge Leute, die als Secker nicht die nötige Qualifikation haben, als Drucker immer noch zu gebrauchen seien. Wenn man nun in Betracht zieht, was für ein Kapital einem Drucker anvertraut wird (und es ist ja keine Spielerei, die Bedienung unserer modernen Maschinen), so muß man auch wieder mit erwägen, daß ein Druckerlehrling vom ersten Tage seiner Lehre an gewissermaßen einen Hilfsarbeiter ersetzen muß, währenddem ein Seckerlehrling die erste Zeit nichts einbringt. Daher der große Appetit unserer Prinzipale, daher die Ausnutzung der Lehrplangestaltung von der kleinsten bis zur größten Druckerei. Die Ausbildung ist vielfach eine mangelhafte, noch dazu bei Minderbefähigten; zu einem Hungerlohn bieten sie sich später an und werden zum Lohnbrüder. An der häufig geführten Klage unserer Prinzipale, daß es keine tüchtigen Drucker gebe, tragen sie nur allein die Schuld; sie sollen nicht so leichtsinnig in der Annahme von Lehrlingen vorgehen. Allerdings können wir uns ja nicht mit dieser Klage einverstanden erklären, sondern müssen immer wieder darauf verweisen, daß ein tüchtiger Drucker auch einen angemessenen Lohn beanspruchen wird, und es gibt genug derer. Eine Aufgabe des Kongresses müßte es werden, wie die Ausbildung der Lehrlinge zu erfolgen habe. Die Hauptfrage des Kongresses werde allerdings das Einmaschinenystem bilden. Ein Teil der Kollegen bediene ja jetzt schon nur eine Maschine, vor allen Dingen in den Großstädten. Die Verhältnisse liegen aber überall verschieden, der größte Teil der Kollegen müsse jedenfalls mehr Maschinen bedienen. Unter den bestehenden Verhältnissen sei die Durchführung dieser Forderung jedenfalls fraglich, darum müsse diese Frage reiflich erwogen werden. In den Großstädten hätten die Kollegen die Macht dazu, aber wie sehe es in der Provinz aus! Jedenfalls werde bei tariflicher Festlegung des Einmaschinenystems eine bedeutende Abnahme der tarifstreuen Druckereien zu verzeichnen sein. Wenn man glaube, durch das Einmaschinenystem die Schmutzkonturrenz mehr eindämmen zu können, so werde das gerade Gegenteil der Fall sein; ein großer Teil der Prinzipale warte nur auf diese Gelegenheit, um noch größere Schmutzkonturrenz treiben zu können. Jedenfalls müßten wir uns auch hier zu passenden Uebergangsbestimmungen bequemen. Ein großer Krebsbissen im Druckergewerbe sei das Ueberlebenmüssen. Was hierin gelieft werde, sei furchtbar; die Gehilfenhaftigkeit sei zu nachgiebig, ein großer Teil aber auch zu unverständig, sie böten sich gewissermaßen an zum Ueberarbeiten. Hiergegen müßte ein moralischer Druck eines Kollegen auf den andern ausgeübt werden. Das Ueberlebenmüssen wirke drückend auf die Löhne, die Prinzipale verwiesen den Neueintretenden bei

der Lohnabmachung gleich auf viele Ueberstunden, und der Gehilfe sei in den meisten Fällen nachgiebig genug und gebe in der Lohnforderung zurück. So wirke dieses Ueberleben auf die Gesamtheit schädigend; jede Ueberstunde koste dem Verbands Geld, außerdem seien Krankheit und frühzeitige Invalidität die Duntung für Ueberstunden. Es sei ersichtlich, daß jetzt allerwärts die Gaudorfsände Hand anlegen zur Bekämpfung dieses Uebelstandes. Sehr bedauerlich sei die Ausnutzung des dritten Abschnittes im § 35 des Tarifgesetzes betreffs schwieriger Drucke. Es werde dem Prinzipale kolossal leicht gemacht, schwierigen Druck nachzuweisen. In einer Druckerei, wo permanent Drei- und Vierfarbendrucke gemacht werden, haben diese nicht als schwieriger Druck zu gelten; etwas anderes ist es in den Druckereien, wo derartige Arbeiten zu den Seltenheiten gehören. Für die Bezeichnung dieses Paragraphen müßte durch den Kongreß geordert werden. Aber noch andere Momente seien es, die schädigend auf die Arbeitsverhältnisse in unserm Gewerbe eingriffen, da spielen die ungelerten Arbeiter eine Hauptrolle mit. Wir als Drucker verlangen die Bedienung aller Druckmaschinen von nur gelerten Arbeitern, häufig aber werden mit Rotationsmaschinen gleich Maschinenbauer von den Fabriken zur Bedienung angeleitet und untergebracht, und der Tarifauschluß habe seine Einwilligung dazu gegeben. Das selbe gelte von der Ziegeldruckpresse; auch hier stelle sich der Tarifauschluß auf den Standpunkt, daß dieselbe von Nichtbuchdruckern bedient werden darf. Dieser Mißstand bringe uns immer mehr Zuwachs an Arbeitskräften unvernünftiger unsrer Arbeitslosigkeit. Wir müßten als Lehrlinge daran lernen; mithin sei es unsere Pflicht, darauf zu dringen, daß die Ziegeldruckpresse als Buchdruckpresse in unserm Sinne anerkannt werde. Allerdings würden sich unsere Prinzipale schwer dazu entschließen können, weil ihnen dadurch das Arbeiten an der Ziegeldruckpresse verteuert würde. Betreffs des Anlegens an den Ziegeldruckpressen gab Redner seinen persönlichen Standpunkt dahin kund, daß bei Anerkennung der Ziegeldruckpresse in unserm Sinne der Drucker dann auch event. das Anlegen daran übernehmen müßte. Ein schwerwiegender Punkt für uns sei auch die Hilfsarbeiterfrage, und wir hätten alle Ursache, ein wachames Auge darauf zu haben. Mehr und mehr griffen die Hilfsarbeiter jetzt in unsre Berufstätigkeit ein und versuchten, aus unsrer Haut Riemen zu schneiden. Verlangte deren Organisation doch in Berlin die Festlegung eines Tarifgesetzes, worin Normen für Ziegeldrucker, Formschleifer, Abzieher usw. aufgestellt werden sollten. Wir erkennen den Standpunkt des Halleischen Kongresses der Hilfsarbeiter betr. Streben nach mehr sozialer Selbstständigkeit gern an, müssen uns aber ganz entschieden dagegen verwahren, daß dies nun auf unsre Kosten geschehen solle durch Eingriffe in unsere technischen Obliegenheiten. In Leipzig solle man gut Obacht geben, damit es hier nicht so werde wie es in Berlin schon mit den Hilfsarbeitern gekommen ist. Das wären so ungefähr die Hauptaufgaben des Kongresses. Alle Anträge müßten natürlich auf realem Boden basieren, um dann nach Durchberatung derselben unseren Gesetzmachern ein beweiskräftiges Material überliefern und die Durchführung unserer Forderungen verlangen zu können. Hierzu bedürfte es noch einer ungeheuren Vorarbeit, wo jeder einzelne sich mit Ernst der Sache widmen müßte, dann werde unsre Arbeit auch Früchte tragen. Aber auch die weitere Ausgestaltung der Maschinenmeistervereine im Rahmen des Verbandes müßte durch den Kongreß Erledigung finden. — Als erster Diskussionsrechner wies Kollege Herzig auf die Schädlichkeit und Ausnutzung des § 40 hin. Es gäbe viele Druckereien, die bei einem Maschinenmeister zwei Druckerlehrlinge halten. Mit den Ausnahmebestimmungen für das Zweimachensystem kann sich Redner nicht einverstanden erklären. Kollege Liebecke kann sich im allgemeinen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklären. Zur Minderung der Arbeitslosigkeit müßte für das Einmaschinenystem eingetreten werden. In Leipzig werde in fast keiner Druckerei mehr als eine Maschine bedient, sonst wäre die Arbeitslosigkeit noch größer. Betreffs Ausnahmebestimmungen für Provinzorte in bezug auf das Mehrmaschinenbedienen müssen die Großstädte energisch protestieren. Kollege Hoffmann hat nicht viel an den Ausführungen des Kollegen Kräfte auszusprechen. Betreffs des Einmaschinenystems hätte ja der Referent seine Ansichten auch schon geäußert. Die Hilfsarbeiterfrage, die in Berlin jetzt zu viel Unannehmlichkeiten Anlaß gäbe, an welchen natürlich die Berliner Kollegen größtenteils selbst Schuld seien, weil sie sich viel zu viel vom Hilfsarbeiter in ihre Obliegenheiten hineinpressen lassen, werde jedenfalls zu Zusammenstößen führen zwischen den Organisationen der Buchdrucker und der Hilfsarbeiter. In Leipzig sei das Verhältnis ein besseres, und werde es Aufgabe der hiesigen Kollegen sein, daß das Zusammenarbeiten mit den Hilfsarbeitern ein gesundes bleibe. Betreffs der Ueberstundenjäger empfiehlt Redner, daß man auch in Berlin von seiten des Gaudorfsstandes dagegen mehr ankämpfen und derartige Kollegen einfach ausschließen solle. Auch hat er den Kollegen Kräfte, in Berlin fleißig für das Einmaschinenystem zu agitieren. Nachdem noch einige Kollegen ihre Meinungen kundgegeben, ergänzte Kollege Hesselbarth die Ausführungen des Referenten im Sinne der Leipziger Kollegen, hervorhebend, daß wohl Kollege Kräfte seine Ausführungen den Leipziger Wünschen mehr angepaßt habe, aber ungeachtet dessen die Leipziger Maschinenmeister auf striktes Einführen des Einmaschinenystems bestehen müßten, auch kann sich Redner für das Anlegen an Ziegeldruckpressen

seits der Drucker nicht erwärmen und ist der Meinung, daß auch dieses abzulehnen sei. Betreffs der Hilfsarbeiter ist Redner anderer Auffassung als Kräfte und der festen Ueberzeugung, daß durch beiderseitiges Zusammenarbeiten wohl alle Uebelstände sich beseitigen ließen, sobald der gute Wille hier vorläge. Durch gegenseitiges Bekämpfen sei nichts zu erzielen, darum fosse Redner, daß die Zukunft in der Hilfsarbeiterfrage eine friedliche Lösung bringen werde. Selbstverständlich müßten die Drucker auf dem Posten sein, um Uebergriffen der Hilfsarbeiter bezüglichen begegnen zu können. Hier hätten aber unsere Berliner Kollegen leider etwas leicht gehandelt, und solle es ihnen jetzt schwer, die Hilfsarbeiter in ihre Schranken zurückzuweisen. Aber auf keinen Fall sei dieser Zustand ein haltbarer, und müßten wir uns auf unserm Kongresse damit befähigen, Mittel und Wege zu finden, um diese leibigen Uebelstände zu beseitigen. Ferner kritisierte Redner noch die Stellungnahme der Zentralkommission in Sachen der Augsburger Rotationsmaschinenaffäre, woselbst die Zentrale ihre Zustimmung gab, daß der betreffende Hilfsarbeiter als Drucker zu gelten habe. Nachdem Redner alle Punkte des Referates kritisiert, welche im Widerspruch mit den Beschlüssen der Leipziger Kollegen stehen, einer Kritik unterzogen und dabei hervorgehoben, daß die Leipziger Kollegen ihren Standpunkt nicht aufgegeben haben und diesen auch auf dem kommenden Kongresse 1906 in Berlin zur Geltung bringen würden, erhielt Kollege Kräfte das Schlusswort. Der Referent kam auf alle Diskussionsrechner einzeln zu sprechen und präziserte seinen Standpunkt, aber ohne Erfolg. Die Aufhebung der Extrasteuer wurde einstimmig beschlossen, es sollen die gesammelten Gelder in Höhe von 900 Mk. an die Zentrale gefandt werden. Nachdem der Vorsitzende unter „Berufsliches“ noch verschiedene interne Angelegenheiten erörterte, schloß derselbe die Versammlung mit der Aufforderung, in Zukunft alle Versammlungen gut zu besuchen.

k. Mainz. Die am 9. Oktober seitens der „Typographia“ (Lokalverein) abgehaltene zweite diesjährige Dreimonatliche Versammlung ebte eingangs der Tagesordnung das Ableben des Kollegen Karl Sack in üblicher Weise. Anschließend erfuhr auf Antrag des Vorstandes der § 4 Absatz 2 des Statuts folgende Abänderung: „Derjenige, welcher innerhalb sechs Wochen wieder zureift, tritt sofort in seine früheren Rechte wieder ein.“ Die Abänderung wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen, da in dem früheren Paragraphen eine den heutigen Unterhaltungsbedingungen nicht mehr angepaßte Härte für die in Betracht kommenden Kollegen zum Ausdruck gebracht war. Rückwirkend auf einen Kollegen fand dieselbe sofort Anwendung. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete jedoch die Festlegung des Winterprogramms der fachtechnischen Abteilung (die als Obled der „Typographia“ sich die technische Fortbildung der Mitglieder durch instruktive technische Vorträge, Skizzen- und Zeichenkursus, Ton- und Bleiplattenschneidunterricht zur Aufgabe gemacht hat). Der Vorsitzende derselben erstattete hierzu einen kurzen Tätigkeitsbericht des Winterhalbjahres 1904/05 und gab dann gleichzeitig das neue Programm bekannt, das sich für die Seckerkollegen in zwei Abteilungen gliedert: a) für Neuzugretende, b) für frühere Teilnehmer; ebenso ist für die Maschinenmeister ein Formschleifer- und Abzieherkursus in Aussicht genommen. Die sich hieran knüpfende Debatte befaßte sich einestels mit der geringen Teilnehmerzahl in den früheren Jahren wie auch mit dem momentanen flauen Kasassenstande. Seitens einiger Redner wurde der stete Einzug der Segnmaschinen ins Feld geführt, der die älteren sowie jüngeren Kollegen mehr und mehr dem Altdienstaße zuführe. Man sollte solchen Kollegen nicht die Möglichkeit nehmen, daß ihr technisches Weiterkommen eine Schwälmerung erfahre. Einzelne Redner konnten sich beispielsweise nicht genug über den Wert des Zeichen- und Skizzierens ausprechen, da solches gewissermaßen die Grundlage des Ganzen bilde. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde der Gesamtbetrag der Betrag von 120 Mk., abzüglich 30 Mk. für die Maschinenmeister, mit großer Mehrheit bewilligt. Gleichzeitig wurde seitens derselben das Verprechen gegeben, um der Klasse größere Kosten zu ersparen, von dem nächsten Jahre ab eine Selbstständigkeit zu erstreben.

Ba. Ruhrort. Eine im Vereinslokale hier selbst arrangierte Ausstellung in Prägedrucksaal und Negativverfahren war von fast sämtlichen Kollegen besucht und rief dieselbe lebhafteste Anerkennung und Interesse hervor. Die mit Metallplatten getragenen Drucksaal waren von der Firma Rodtbrock & Schneider in Dresden freuntlich zur Verfügung gestellt und verdienen in Buchdruckerkreisen bekannt zu werden. Anerkennung verdienen auch die Bemühungen des Kollegen Feiben, der sich das Zustandekommen dieser Ausstellung besonders hatte angelegen sein lassen.

Wanne. Eigenartige Ansichten über Tarifanerkennung und Tarifreue hat der Prinzipal G. A. Nagrensdorf („Generalanzeiger“) hier selbst, über welchen bereits verschiedentlich im „Corr.“ berichtet werden mußte. Herr N. sucht jetzt unter dem Druck der Verhältnisse Gehilfen zu tarifmäßigen Bedingungen und glaubt, daß seine Firma durchaus tarifstreu ist, wenn sie Verbandsmitglieder tarifmäßig entlohnt, alle übrigen Bestimmungen des Tarifgesetzes aber als Nebenbedingung betrachtet, da N. „herr im Hause“ bleiben will und sich keine Vorschriften machen lasse. Jetzt versucht Herr N. sogar Mädchen als Seckerinnen „auszubilden“, da ihm durch Uebernahme der Handwerkskammer die Lehrlingsausbildung erschwert ist. Eine Besprechung, welche Gaudorfsmeister Müller-Essen und Be-

zirkelvorstand der Albrecht-Vereinigung in dieser Angelegenheit mit Herrn N. hatten, verlief ergebnislos, da N. erklärte, als „tarifreuer“ Prinzipal wohl Verhandlungsmittel tarifmäßig zu entlocken, im übrigen aber an den bestehenden Verhältnissen (Bezahlung der Nichtmitglieder unter Minimum, zehnstündige Arbeitszeit, Mädchen als Segevrinnen ausbilden usw.) nichts geändert würde. Da nun Herr N. die Engagements in letzter Zeit telegraphisch trifft, so ersuchen wir die Kollegen um Vorsicht, da unter diesen Umständen die Druckerei für Mitglieder gesperrt ist. Auch das persönliche Auftreten des Herrn Nahrenndorf wird wohl schwerlich dazu beitragen, daß ein Gehilfe in der Druckerei des „Banner, Generalanzeiger“ eine bleibende Stätte findet.

Arbeitsmarkt.

Die Gegner der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe werden nach der Entwicklung, die unser Gewerbegezet genommen, naturgemäß an Zahl immer geringer. Nicht nur viele Gehilfen, sondern auch ein ganz erheblicher Teil unserer Prinzipale hat in dieser einst so heißen Streitfrage die Ansichten gründlich geändert, aus ganz entragierten Gegnern sind ihr sogar große Vob- und Preisredner entstanden. Wenn in der Arbeiterpresse sowie in den Tageszeitungen bei der Veröffentlichung des neuen Tarifvertrages um die Mitte jedes Jahres immer von einem Siegeszuge der Tarifgemeinschaft die Rede ist, so trifft dieses enthusiastisch gehaltene Urteil tatsächlich nicht vorbei. In den letzten einhalb Jahren ist die Ausbreitung unserer Tarifgemeinschaft, obwohl keine Nachbewegung stattgefunden, in einem besonders beschleunigten Tempo vor sich gegangen; zählten wir doch Mitte Oktober 5308 tarifreue Druckereien mit rund 47000 Gehilfen, gegen 4559 Druckereien mit 41483 Gehilfen am 30. April 1904. Es wären jetzt also nur noch wenig über 7000 Gehilfen in Nichttarifdruckereien tätig; die Zahl der Nichttarifdruckereien beläuft sich zwar noch auf etwa 2900, diese Art Firmen fällt jedoch nicht erheblich in die Waagschale, da sie durchschnittlich nicht einmal drei Gehilfen beschäftigen. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß auf ihre Gewinnung kein Gewicht zu legen sei. Wir wünschen im Gegenteil, daß bis zu den Tarifverhandlungen im nächsten Jahre noch der größere Teil von ihnen sich zur Fahne der Tarifgemeinschaft gewendet hat, wie es ebenso nötig ist, daß alle die gewonnenen Druckereien sich die peinlichste Einhaltung des Tarifes zur Pflicht machen, andernfalls die tariflichen Inzianzen mit nachdrücklicher Unterstützung der Gehilfen dafür sorgen müßten. Es befinden sich Firmen unter den Neuanerkenntnissen, die es niemand verübeln dürfen, wenn man erst nach ihren Taten urteilen will; der in heutiger Nummer mitgeteilte Fall Nahrenndorf in Wanne sagt wohl genug. Mit besonderer Genugtuung ist es jedenfalls zu begrüßen, daß unsere Tarifgemeinschaft ihren Weg jetzt namentlich in die Provinz genommen hat; dies ist neben der unermüdeten Arbeit unsers Tarifamtes nicht zuletzt auch auf die rege Agitation des Prinzipalsvereins zurückzuführen, der seine Reorganisation unter besonderer Berücksichtigung der Provinz durchführte. Da gibt es noch ganz böse Gegenden, der in der vorigen Nummer aus der „Zeitschrift“ gebrachte Postbrief aus Ostpreußen läßt ja besonders tief blicken. Unter den Prinzipalen, die jetzt noch der Tariffrage fernstehen, befinden sich jedenfalls ihre erbittertesten Gegner. Wir wollen die Hauptmoderate nicht alle mit Namen aufzählen, weil wir die stille Hoffnung hegen, daß doch noch mancher von ihnen ebenso unter die Häher kommen wird, wie es schon so manchen in die Wolle gefärbten Tarifignoranten seither ergangen ist. Die Gutachten verschiedener Handelskammern über die tarifliche Lehrlingsfala haben übrigens deutlich gezeigt, wo diese Unentwegten zu suchen sind. Wir können auch nicht auf die Beweggründe ihres ablehnenden Verhaltens eingehen, denn dem einen hat es der ganze Tarif, dem anderen die Lehrlingsfala angetan, dem dritten schlägt der Standpunkt des eignen Herrn im Hause in den Nacken, den meisten aber ist der Verband ein Grenz und Schenel. So hat jeder sein Schreckgespenst für sich und geberdet sich dann wie ein Moskauer. Dann gibt es eine Spezies von Leuten — in beiden Lagern — die wohl Anhänger der Tarifgemeinschaft sind, aber nur bedingungsweise. Sie haben vieles auszuweisen und sind auch mit mancherlei Vorschlägen zur Hand, wie unsere Tarifgemeinschaft besser ausgestaltet sei, und wie sie erst wirklich ein Segen für das Gewerbe werden könnte. Ach, es sind aber so viel Köpfe, so viel Meinungen! Mit diesen guten Leuten ist man nicht gern ein Velleibchen. Wir haben aus diesen Erwägungen heraus es bis jetzt vermieden, uns mit den Ideen dieser Tarifreformer im „Torr.“ zu beschäftigen; sie würden manchmal nicht gut dabei gefahren sein, diese guten Leute, aber nicht allzu tüchtigen Rüstanten. Auch Herrn Preitshof in Halle a. S., dem wir als Prinzipal und Tariffunktionär unsere Schätzung nicht vorenthalten, rangieren wir mit seinen Vorschlägen unter die Tarifverbesserer, die nicht oberflächlich abzutun sind. Etwas ganz andres ist es mit solchen fanatischen Gegnern, die keine Gelegenheit verabsäumen, ihre giftigen Pfeile gegen unsere Tarifgemeinschaft und ihre Träger abzuschleusen. Schon mehrmals haben wir als den verböhrtesten derselben den Handelskammerhündin Dr. Tille in Saarbriiden nennen müssen, aber auch gleich erklärt, daß mit dem Manne nicht zu rechnen ist, weshalb wir uns in unseren Entgegnungen wider ihn nur auf das allernotwendigste beschränkten. Dr. Tille läßt aber auch nach der in Mannheim auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik

ihm gewordenen jämmerlichen Wfsuhr nicht locker. Wie wir nämlich in der „Kölnischen Zeitung“ lesen, ist er schon wieder, gleich seinem berühmten Vorbilde Don Quixote gegen Windmühlensklügel, mit eingeleger Lanze gegen die Tarifgemeinschaft losgeritten. Das genannte Blatt schreibt folgendes darüber: „Dr. Tille veröffentlicht jetzt die von ihm verfaßte Eingabe in dem amtlichen Organe der Kammer. Er greift darin auch Professor Schmoller an. Die prinzipiellen Auslassungen Tilles lassen sich wie folgt zusammenfassen. Tille meint, daß die sogenannte Tarifgemeinschaft“ der Prinzipale und Buchdrucker vollständig durch den Verband der Buchdruckergehilfen beherrscht wird, der sich oft im Fahrwasser der Sozialdemokratie bewegt und deren letzten Zielen zustrebt. Jede Tarifgemeinschaft bezüglich der Löhne und sonstiger Arbeitsbedingungen ist und bleibt seiner Ansicht nach ein Lunding, so lange ihr kein für alle Mitglieder obligatorischer Tarif für die Preisbemessung von Druckerarbeiten gegenübersteht. In diesem Falle sei die prinzipalsseitige Mitgliedschaft bzw. die Anerkennung der Tarifgemeinschaft meistens durch den Terrorismus des Verbandes erzwingen. Es bleibe sehr zu bedauern, wenn theoretische Sozialpolitiker, wie kürzlich noch Professor Schmoller im Landtage, vom grünen Tische aus von einem Segen der Buchdruckergemeinschaft sprechen. Solche Versicherungen seien nur ohne jede Kenntnis der tatsächlichen Wirklichkeit möglich. Tille meint dagegen, daß, wenn es mit der Tarifgemeinschaft und dem ungeheuren Druck des Verbandes so weiter gehe, nicht nur tausende von kleinen und mittleren Buchdruckereien geschädigt ruiniert werden, sondern auch — exempla trahunt — die übelsten Wirkungen auf andere Gewerbe und Kleinindustrien ausgeübt werden.“ Wie seine Scharfmacherkollegen die deutsche Industrie durch die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages vernichtet sehen, so sieht Dr. Tille den Untergang von tausenden von Buchdruckereien und andere Gewerbe und Kleinindustrien durch die Tarifgemeinschaft besiegelt. Die „Kölnische Zeitung“ fertigt diesen sonderbaren Schupengel der deutschen Industrie deshalb gleich gut ab: „So Tille, der in seiner Gheuerlichkeit zu den Tarifgemeinschaften aber auch nur als Zehrerleiter vom grünen Tische aus spricht und überhört, daß die praktischen Erfolge seiner Theorie widerprechen, daß die Tarifgemeinschaft zum Segen für ein Gewerbe ausschlagen kann, indem sie Ordnung einbringt und die Schmutzkonzurrenz beschränkt. Die Erfahrungen im Buchdruckergewerbe sprechen dafür. Er malt den Teufel Sozialdemokratie an die Wand und überhört dabei, daß gerade sein einseitiger Standpunkt Sozialdemokraten züchtet.“ Die Gegner der Tarifgemeinschaft können von den Attaden des Dr. Tille wahrlich nicht erbaut sein, der Mann verdirbt ihnen ja das Konzept durch seinen blindwichtigen Fanatismus in Grund und Boden. Wir wenigstens können sie ob dieses und ähnlich beschlagener Eideschwörer nur aufrichtig bedauern. Das „Urteil“ solcher Leute ist uns der beste Beweis, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden. Den wollen wir ruhig weitergehen, unbekümmert um das Geschwätz solcher Raben.

Der Gehilfenprüfung in Stettin unterzogen sich diesmal vier Lehrlinge aus Stettin und sieben aus der Provinz Pommern. Die Prüflinge aus Stettin wurden gesenft: Einer mit „Gut“, zwei mit „Befriedigend“ und einer mit „Genügend“. Die Provinzlehrlinge (für die nur die drei Prädikate „Genügend“, „Gut“ und „Ausgeschieden“ in Betracht kommen) erhielten die Note „Gut“ in vier und „Genügend“ in drei Fällen.

Eine Fachschule für Buchdrucker ist am 15. Oktober in Straburg eröffnet worden, die Gründung derselben ist auf den dortigen Maschinenmeisterverein zurückzuführen. Vorläufig soll nur das Gebiet des Druckes gepflegt werden, doch ist die Ausdehnung auf das Segen bestimmt in Aussicht genommen.

Eine verstellbare Seklinie hat der Schriftsetzer Ernst Helmchen in Nibdorf-Berlin konstruiert und als Nummer 260375 musterlosgezeichnet eintragen lassen.

Die Entscheidung in den überreichlichen Tarifverhandlungen steht nun dicht bevor; am 24. Oktober, dem Tage des Erscheinens dieser Nummer, werden die endgültigen Beratungen eröffnet. Die von dem Biergebnisomitee ausgearbeitete Tarifvorlage ist von der Gehilfenschaft wenig günstig aufgenommen worden, weil sie, wie der Wiener „Vorwärts“ in seiner neuesten Nummer schreibt, vielen nur zu berechtigten Wünschen nicht Rechnung trägt und die Kardinalpunkte offen läßt. Zu Wien hat man leider zu dem alten, behauerlichen Mittel der persönlichen Berunglimpfung der Gehilfenvertreter gegriffen; ganz rabitale Elemente in der vorletzten Wiener Versammlung verlangten gar die völlige Verwerfung der Vorlage und Einsetzung eines Komitees zur Ausarbeitung einer neuen. Würden die Gehilfen solche Vorschläge akzeptieren, dann hätten die Prinzipale abermals ein Jahr Zeit gewonnen, denn sie behielten die höheren Löhne so lange sicher noch in der Tasche. Gar zu rabital ist eben immer rückwärts.

Der allgemeine Streik der Petersburger Seher hat stattgefunden; ob er den beabsichtigten Zweck erreicht hat, den Moskauer Kollegen die Durchsetzung ihrer Forderungen zu bringen, wissen wir zur Stunde noch nicht. In Petersburg ist mit Ausnahme des „Regierungsboten“ keine Zeitung erschienen, selbst in der Druckerei zur Herstellung der Staatspapiere — der russischen Staatsdruckerei — ruhte die Arbeit. Wegen der verweigerten Erlaubnis, im großen Saale dieses Druckereistabliements eine Versammlung der beschäftigten Per-

sonen abzuhalten, soll es zur Zerstörung der elektrischen Maschinen durch jugendliche Arbeiter gekommen sein. Von anderen Morgen verwehrt Militär den Zutritt zur Druckerei, wobei es zu einem blutigen Zusammenstoße zwischen Druckereiarbeitern und den Soldaten kam. Inwieweit diese Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, läßt sich von hier aus schwer beurteilen. Das eine ist bei all solchen Meldungen aus Rußland immer sicher: die Nachrichten über Volksausfaltungen werden übertrieben, die Exzesse der Soldateska hingegen stark herabgemindert.

Die Unschädlichmachung einiger Preßbanditen ist in München nun zu Ende geführt. Wir berichteten vor längerer Zeit schon einmal über einen gegen die Macher des sich „Der Privatmann“ betitelnden Revolverblätterns geführten Erpressungsprozeß. Jetzt ist die Sache in zweiter „verbesselter“ Auflage vor dem Landgericht München I dadurch ausgetragen worden, daß der „Journalist“ Böttiger wegen Nötigung und Erpressung vier Jahre, der „Journalist“ Graß (nicht identisch mit der Münchener Buchdruckerfamilie Graß) wegen der gleichen Helbentaten zwei Jahre Gefängnis erhielt, außerdem wurden beiden die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Von den Ausführungen des „Zeitungsverlages“ über die ehrbaren Geschäftszuancen beim „Privatmann“ wollen wir nur die nachfolgende Probe bringen: Die Geschäftspraxis der „Privatleute“ bestand darin, daß sie ihre Opfer zum Ankauf der Auflage der Nummer preßten, die den bloßstellenden Artikel enthielt. In einem Falle, der eine Kuppelaffäre betraf, hatten sich die Angeklagten das belastende Material durch Nötigung verschafft, indem sie einem Mädchen gegenüber, das in dem betreffenden Hause verkehrt hatte, als Kriminalbeamte auftraten und ihm mit Verhaftung drohten. Die bloßgestellte Inhaberin des Hauses wurde in einer Unternehmung, in der Revolver auf dem Tische lagen, gezwungen, die Auflage der betreffenden Nummer des „Privatmann“ für 2000 Mk. anzukaufen, und erhielt darauf die Zusage, daß gegen sie nichts mehr geschrieben würde. Charakteristisch war auch die Aussage des vormaligen Redakteurs des „Privatmann“ Anton Kahner, welcher wegen Beleidigung eine einhalbjährige Freiheitsstrafe im Zellengefängnisse Nürnberg verbüßt. Das Aufkaufen einer ganzen Auflage einer Nummer hat Kahner für erlaubt gehalten, und als er erfahren, daß dies in zwei Fällen beim „Privatmann“ geschahen sei, habe er dieses Geschäft für unanständig gehalten.

Weil er die Betriebszustände auf einer Fache kritisierte, wurden dem Redakteur des christlichen Gewerkschaftsorgans „Der Bergknappe“ 100 Mk. zubilliert.

Die Schutzmannschaft in Landsbut soll Redakteur Gruber in der „Münchener Post“ beleidigt haben durch einen Artikel, in dem er in drastischer Weise die Rolle schilberte, die auf der Landstour Polizei der Gummischlauch spielt. Die Beweisaufnahme gestaltete sich wenig günstig für die sich beleidigt fühlende Polizei. Die Geschworenen bejahen aber die Schuldfrage und so muß Gruber denn 500 Mk. bleiben.

Wegen Beleidigung von Offiziersfrauen hat der Redakteur Eiert vom „Magdeburger Generalanzeiger“ 300 Mk. Geldstrafe zu bezahlen, die Beurteilung erfolgte auf Grund des § 186 des Strafgesetzbuches. Die Sache hat schon das Reichsgericht beschäftigt. Die Forbadanten eines nach Amerika durchgegangenen Pionierleutnants bildeten die Unterlagen zu diesem Prozesse.

Wegen die Verlegung des Ausschusses der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) nach Dresden wendet sich die Generalkommission. Nur unter der Voraussetzung der Zustallterung dieses Zentralausschusses in Berlin habe sich im Jahre 1901 die Generalkommission zur Uebernahme der aus der Wirksamkeit dieser Körperschaft entstehenden Kosten bereit erklärt.

Der Wagenman gel im Ruhrreviere führt bei der gegenwärtigen Hochkonjunktur auch für die Bergarbeiter zu unangenehmen Folgerungen. Der Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes hat deshalb an den Eisenbahnminister eine Eingabe gerichtet, diesem Wagenman gel abzuwehren, durch den die Arbeiter zu Feierschichten gezwungen werden. Mangelnde Leistungsfähigkeit der preußischen Eisenbahnverwaltung trifft also hier die Unternehmer und die Arbeiter. Bei einem geregelteren Arbeitsverhältnisse träre allerdings der Nachteil die Unternehmer allein.

Versammlungsverbote in Sachsen-Weimar sind keine ungewohnte Erscheinung. In dem deutschen Bundesstaate, wo einst Goethe am Ruder der Regierung saß, ist man in diesem Punkte von einfach erhabener Ignoranz gegen das in den Nachbarstaaten und überhaupt im ganzen Deutschland übliche vorgeschrittenere Versammlungsrecht. Als dieser Tage in Berga eine öffentliche Textilarbeiterversammlung Stellung zur Lohnbewegung im sächsisch-thüringischen Industriebezirke nehmen sollte, wurde die Abhaltung derselben von dem Landtagsabgeordneten und Bergaer Bürgermeister Frißsche einfach untersagt „wegen der erfahrungsgemäß von dergleichen Agitatoren zu erwartenden verheerenden Redeweise und der damit verbundenen Gefahr für das öffentliche Wohl“. In dem Verbote wird bezug genommen auf ein Gesetz vom 7. Januar 1874, das gar nicht existiert! Der Bürgermeister Frißsche hat sich im weimarischen Landtage auch einmal gerühmt, daß er eine Versammlung ohne das Vorhandensein einer gesetzlichen Bestimmung verboten hätte. Man sollte es für unmöglich halten, daß so etwas in Deutschland noch passiert.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 124. — Dienstag den 24. Oktober 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Die Löhne der Großindustrie nehmen keineswegs die Aufwärtsbewegung, die so oft von der Unternehmerpresse zu Lob und Preis ihrer Auftraggeber prahlend verkündet wird. Ad exemplum die berühmte Laurahütte in Schlesien, die an ihre Aktionäre 11 und 10 Prozent Dividende verteilt, obwohl sie im letzten Jahre in ihrem russischen Geschäft ansehnlichen Verlust hatte. In den letzten sechs Geschäftsjahren hat sie ihre Arbeiterzahl zwar von 19117 auf 22224 erhöht, der Jahresarbeitsverdienst des einzelnen Arbeiters betrug aber in 1899/1900: 861,20 Mk., 1900/1901: 861,89 Mk., 1901/02: 835,78 Mk., 1902/03: 827,51 Mk., 1903/04: 848,48 Mk. und 1904/05: 835,29 Mk. Nehmen wir die Krisenjahre 1902/03 aus, dann zeigt sich, daß trotz günstiger Konjunktur die Löhne zurückgegangen sind; im letzten Geschäftsjahre knappte die Laurahütte durch Reduzierung der Löhne den Arbeitern nicht weniger als 293164 Mk. ab. Der lange Müller war es ja wohl, der beim Empfang einer Deputation in Sachen der Feilschnot meinte, die Arbeiter verdienen jetzt auch das Doppelte, folglich könnten sie doch die wuchernden Fleischpreise zahlen. Die Lohnausweise der Laurahütte besagen nun das Gegenteil. Vielleicht hat sich Müller überhaupt geirrt und die Profitrate der Großindustrie zur Grundlage seiner Erwägungen genommen.

Der Kruppische Riesenbetrieb hat in allen Werken in der Zeit von April 1904 bis April 1905 seine Arbeiterzahl um über 10000 erhöht, am 1. April dieses Jahres betrug sie 55816. Das Geschäft mit Werkzeugzeugen blüht so, daß nicht nur weiter fortgesetzt Arbeiter angenommen, sondern auch Ueberprüfungen geleistet werden müssen.

Eine Ohrfeige ist kein Grund, um die Arbeit sofort zu verlassen, nicht etwa nach Meinung von Knutenörkel, sondern nach Ansicht eines Genera Ratschessors, der als Gewerberichter fungiert. Ein dreißigjähriger Marktbesitzer klagte vor dem Gewerberichte in Wera auf Auszahlung seines rückständigen Lohnes; er hatte nach Empfang einer Ohrfeige die Arbeitsstätte sofort verlassen. In dem Termine tat nun der als Vorsitzender fungierende Assessor den zitierten Ausspruch, der hinlänglich beweist, daß der Mann wegen totaler Unkenntnis selbst der einfachsten Bestimmungen der Gewerbeordnung für seinen Posten untauglich ist. An der „Deutschen Tageszeitung“ oder in Dänemark, wo die Prügelstrafe in gewissem Umfange wieder eingeführt wurde, ist der geeignete Platz für ihn.

Wenn der überwachende Polizeibeamte friert, kann die betreffende Versammlung nicht stattfinden — in Sachen natürlich, wo so manches Unmögliche möglich ist. Einer Buchbinderversammlung in Annaberg widerfuhr unlängst dieses Schicksal. Der Beamte erschien zehn Minuten vor Beginn der Versammlung. Der Saal war nicht geheizt und zweifellos die Temperatur etwas ungemüthlich in demselben. Die Versammlungsleitung trug diesem Umstande sofort Rechnung; der Beginn der Verhandlungen sollte um eine halbe Stunde hinausgeschoben und inzwischen mit zwei Defen geheizt werden. Darauf ging der Beamte aber nicht ein, sondern erklärte, er könne nicht schreiben bei dieser Temperatur, folglich dürfe die Versammlung nicht stattfinden. Bei den widrigen Witterungsverhältnissen in diesem Herbst macht sich allerdings ein früheres Feizen der Räumlichkeiten notwendig, wenn man auch sonst zu Ende September oder Anfang Oktober nicht daran denkt. Statt aber die Bereitwilligkeit der Beschaffung von Abhilfe anzuerkennen, verbietet der Polizeibeamte kraft seines Amtes einfach die Versammlung. Schließlich ist in Sachen die subjektive Beurteilung des Heizungsgrades durch den Ueberwachenden auch ein Grund zur Versammlungsauflösung.

Eine Sperrenotiz in einer Zeitung ist kein großer Unfug, so entschied das Schöffengericht in Hannover in einer Klagesache gegen den Redakteur Leinert, der dort erscheinenden „Volkswille“. Die betreffende „Achtung, Waser!“ überschriebene Notiz enthielt den Schlusssatz: „Der Verband warnt jeden, in Arbeit zu treten, da der Betrieb des Herrn Bantelmann gesperrt ist“. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung mit folgender Begründung: Grober Unfug sehe eine grobe, ungeschickliche Handlung voraus, wodurch das Publikum in einer unbestimmten Allgemeinheit unmittelbar belästigt oder gefährdet werden muß. Es müsse aber eine Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung festgestellt werden, diese sei in der Auffstellung von Streikposten nicht zu erblicken. Durch das Stehen einzelner Personen würde die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht beeinträchtigt. So befangenwert die Befähigung der Arbeitswilligen sei, so habe sich diese doch lediglich auf einige Leute erstreckt, und man könne von einer Gefährdung weiterer Kreise oder der Gefährdung der öffentlichen Ordnung nicht reden. — Ein vernünftiges Urteil; schade nur, daß in gleichen Fällen so viele Gerichte schon ganz anders geurteilt haben.

Milde Strafen trafen vier arbeitswillige Maurer in Koburg. Sie mißhandelten einen organisierten Böttcher, der mit den Angreifern nicht das Geringste vorgehabt, in gemeingefährlicher Weise. Trotzdem der eine wegen Mißhandlung schon mit Gefängnis vorbestraft war, kam er mit der Mindeststrafe von zwei Monaten Gefängnis davon; die übrigen erhielten nur Geldstrafen von 48 und 24 Mk. Nach dem „Vorwärts“ sollen die arbeitswilligen Nowbies christlichorganisierte Leute sein.

Die Steuerhaupe soll durch die vielgenannte Reichsfinanzreform in ganz intensiver Weise in Drehung gesetzt werden. Daß die notwendige Sanierung der Reichsfinanzen wieder auf die schwachen Schultern abgewälzt werden soll, stand nach den bis jetzt mit unseren Steuerkünstlern gemachten Erfahrungen außer Frage. Schon der vormalige Reichsfinanzdirektor Freiherr v. Tzielenmann erwähnte ja die Perspektiv: Der Tabak und das Bier müssen bluten. Die Stengelsche Reichsfinanzreform nimmt nun das Bier, den Brantwein, den Tabak und eventuell eine geringe Besteuerung der Erbschaften als Objekte auf das Korn. Die Ausschüsse des Bundesrates haben bereits in erster Lesung diesen Vorschlag auf die Taschen des breiten Volkes gutgeheißen; die kleine Erbschaftsteuer soll aber nur unter der Voraussetzung der Annahme der drei übrigen Steuerprojekte in Vorlage gebracht werden. Die Heranziehung der finanzkräftigen Kreise wird also gewissermaßen nur als Dekorum gesehen. Würde hier aber einmal ein kräftiger Vorstoß unternommen, so könnten die 150 bis 180 Millionen Mark, welche bei der Finanzreform herausgeschlagen werden sollen, allein durch eine Reichserbschaftsteuer aufgebracht werden. Aber was in Frankreich und England möglich ist, erachten unsere Staatsweisen für Deutschland eben als unmöglich. Und so wird denn wieder mit dem alten Mittel der indirekten, also in erster Linie den armen Mann treffenden Besteuerung die Reichsfinanznot bekämpft werden. Wenn man bedenkt, daß ein Mann mit 120000 Mk. jährlichem Einkommen 53,35 Mk. an indirekten Steuern im Jahre bezahlt, ein Arbeiter mit 940 Mk. jedoch 43,41 Mk., also hundertmal so viel als der Reiche, so wird einem die ganze Ungerechtigkeit unseres Steuerregimes mit erschreckender Deutlichkeit klar. Und diese brutale Belastungsmethode des arbeitenden Volkes soll nun noch verschärft werden, dazu der Unjegen des neuen Zolltarifes und die Feilschnot — na, die Dittung über diese Volksbeglückungen wird 1908 ausgeführt werden!

Die Zählkarten zur diesmaligen Volkszählung, welche am 1. Dezember stattfindet, sind in einer Auflage von 63 Millionen gedruckt worden. Zu ihrem Transporte sind 29 Eisenbahndoppelwaggons nötig gewesen. Könnten die Karten aufeinandergelegt werden, so würden sie eine Höhe von 8190 Metern erreichen, das wäre 53 mal so hoch wie der Kölner Dom. Der Länge nach nebeneinander gelegt, ergibt sich eine Strecke von 13230 Kilometern, der Breite nach von 8190 Kilometern. Der Weg von Berlin nach Warshaw könnte also 26 mal, die Karten der Breite nach genommen, 16 mal damit belegt werden.

Der jährliche Verbrauch an Tabak ist in den einzelnen Ländern pro Kopf der Bevölkerung gerechnet folgender: Belgien 6,21, Vereinigte Staaten 5,40, Deutschland 3,44, Desterreich 3,02, Kanada 2,74, Australien 2,59, Ungarn 2,42, Frankreich 2,16, Großbritannien 1,95, Mexiko 1,39, Rußland 1,10 und Italien 1,05 engl. Pfd. Bei der Berechnung für den Kopf der Bevölkerung ist zu bedenken, daß der wirkliche Verbrauch viel höher ist, weil nur etwa ein Drittel der Bevölkerung Tabak konsumiert. Deutschland und Rußland sind starke Konsumenten, aber der Verbrauch pro Kopf scheint sehr gering. Schwer ins Gewicht fällt auch die Verschiedenheit der Preise für Tabak in den einzelnen Ländern.

Nickel- und Kupfermünzen braucht in Deutschland niemand in einem höhern Betrage als 1 Mk. in Zahlung zu nehmen.

In Ruhrreviere ist unter den Bergleuten gegen der von den Fehden geübten Ausperrungstaktik gegen irgendwie während des großen Kampfes im Frühjahr hervorgetretene Arbeiter, wegen des anstatt des Nullens eingeführten Strafregimes (das von den Fehdenverwaltungen eine ganz unzulässige Auslegung findet) sowie wegen der aus Anlaß des Wagenmangels angeordneten Feiertagen eine bedenkliche Gärung entstanden. An den Sonntagen finden stets in vielen Orten Versammlungen statt, die deutlich die vorhandene Erregung widerspiegeln. — Ueber die Lohnforderungen der Weber in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie sind widersprechende Mitteilungen veröffentlicht worden. Die Arbeiter fordern nicht Lohnerhöhung von 25, sondern eine solche von 10 Proz.; die Unternehmer wollen auch nicht 7 Proz., sondern nur 2 1/2 Proz. bewilligen. Auch unsere Angaben in der vorigen Nummer finden hiermit ihre Richtigstellung. — Die Stein drucker, Lithographen usw. bei der Firma Dr. Trentler in Leipzig-Stötteritz haben ihre Forderungen bewilligt erhalten, der Ausstand ist somit beendet. — Zu der drohenden Ausperrung einer großen Anzahl

von Metallarbeitern und Holzarbeitern in Bielefeld ist es nicht gekommen, da es dem Vorsitzenden des Gewerbegerichtes gelungen ist, in Sachen des Ausstandes in der Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürkop & Co. eine Verständigung herbeizuführen.

Der Naturgeschichte der Ferien.

Eine urgeschichtliche und eventuell urkomische Studie.

Das erste, was der Herrgott schuf,
Das war die Arbeit, der Beruf:
Sich fortgesetzt zu plagen;
Und als dann alles fertig war,
Erd', Tier und Menschen bis aufs Haar,
Da mußte er sich doch fragen:
„Was sollst du mit der Arbeit nun?
Du hast jetzt Ferien, kannst dich ruhn,
Die Ferien selbst sind „über“.
Bist aus dir selbst dein eigener Herr,
Verzicht nur beides nebst „Gesherr“,
Doch — wache still darüber.“ —

Und es geschah zur selb'gen Zeit,
Daß er dem Menschen, tabbereit,
Die Arbeit gab — das Schaffen!
Die Ferien aber — wach Entschluß!
Gab er zu kurzweil und Genuß
Den stammverwandten Affen. —
Die nahmen schweigend dies Präzient,
Als wär's ihr Privileg am End'
Und rieben sich die Poten;
Dem Adam aber allgemach
Sie machten lange Nasen nach
Und züsten ihn nach Noten.

Seht! So war's nach dem „Paradies“ —
Man spricht von Sündenfall — gewiß,
Man faunt's sehr wohl verliesen:
Daß außer Arbeit jede Frist
Mehr oder weniger „Sünde“ ist,
Trotz Deuteln und trotz Dreden!
Drum Typographen, greißelweiser,
Ihr Gezer, Drucker, Gießler hört
(Auch ihr Herrn Korrektoren!):
Zum Darwinismus stüchtet euch —
Ob Großbetrieb, ob „Fertzeugung“ —

Nehmt — selbst euch bei den Ohren!
Und jeder unterjuche frei,
Was „Mensch“ an ihm — was „Affe“ sei,
(Das Recht auf Arbeit ehrend).
Wie schließlich der „Befund“ sich macht,
Ihr's Recht auf Ferien auch erbracht,
Die Wohlfahrtspflege mehrend!
Nur legt dies nicht tariflich fest
Für Großdrucker und kleinste Nest,
Sonst könnten wir's erleben,
Daß jedes Jahr zur „Wadezeit“
Ein Ferienstreik Notwendigkeit,
Was wohlbermerkt hieneben!

Wohl steht schon man's Kollegia
In: Verlegenheit der Ferien da
Mit Fortlauf der „Däten“;
Doch daß die Zahl sich jährlich mehr',
Darum laßt eben uns recht sehr,
Weil's jedermann vornöten.

Ihr Leser aber wollt verzeih'n,
Daß anders ich, wie's sonst sollt' sein,
Die Schöpfung tät „bedichten“.
Doch — ist's ne „Affensand“ nicht gar
Bom Drang, der vier Händ' fürwahr,
Und — arbeitet mitnichten?? —

Fritz Wille.

Briefkasten.

D. G. in Wittenberg: Das feste gerade noch, daß im „Corr.“ auf jedes hirnlose Zeug im „Typograph“ erwidert wird. Gönnen Sie dieses Blatt mit seinem Blödsinne denjenigen, die Geschmack daran finden. — D. G. in Kolberg: Nicht eher, als es uns möglich ist. — D. G. in Brühl: Wir streichen, was wir für richtig halten. Paßt das einem Schriftführer nicht, so möge er sich beim Verbandsvorstande beschweren. Ihre neueste Einwendung müssen wir aus taktischen Gründen ablehnen. — E. G. in Halle a. S.: Auf das Zirkular des Prinzipals P. gehen wir aus taktischen Gründen nicht näher ein. — St. in Bad Dürkheim: Sie erhalten demnach eine kleine Kollektion. — G. in Flensburg: Die 5 Pf. sind das Postbestgeld; konnten nicht wissen, daß Sie die Beträge zusammenfinden. — Ferd. Dienst in Gelsenkirchen: Sie wollen sich an die die betreffende Bekanntmachung unterzeichnung Instanz wenden, wir haben damit nichts zu tun. — E. E. in Delfisch: Sonntags von 11 bis 4 Uhr geöffnet; auch können Sie zu dieser Zeit die Seznamaschinen im Gange sehen.

